https://www.fr.de/panorama/wirbel-um-sperre-polizei-erklaert-letzte-generation-als-kriminelle-vereinigung-spenden-strafbar-92299472.html
25.5.2023

Nach Razzia gegen „Letzte Generation" blamiert sich die Polizei auf Twitter

Bei der „Letzten Generation" handle es sich um eine kriminelle Vereinigung, schreibt das BLKA auf der Website der Aktivisten – dafür gibt es nun heftige Kritik.

Update vom 25. Mai, 8.30 Uhr: Inzwischen gibt es auch Neuigkeiten zu dem höchst umstrittenen Wortlaut in dem Text, der zwischenzeitlich auf der gesperrten Website der „Letzten Generation" von der Generalstaatsanwaltschaft München und dem BLKA angezeigt wurde. Dort wurde die Klima-Gruppierung als „kriminelle Vereinigung" bezeichnet, jedoch ohne gerichtlichen Hintergrund. Nun rudern die Behörden zurück.

Gegenüber buzzfeed.de von IPPEN.MEDIA erklärte der Pressesprecher der Generalstaatsanwaltschaft München, dass es lediglich ein Anfangsverdacht sei, wonach es sich bei der „Letzten Generation" um eine kriminelle Vereinigung handeln könnte. Das gebe die Warnung auf der Website nicht wieder. „Aufgrund dieser Missverständlichkeit wurde inzwischen veranlasst, den Hinweis zu streichen", so der Pressesprecher.

Website der „Letzten Generation" wieder online – mit anderer Adresse

Update vom 25. Mai, 7.50 Uhr: Am Mittwochnachmittag war die ursprüngliche Website der Klimaaktivisten der „Letzten Generation" noch offline, am frühen Abend aber bereits wieder live. Unter einer neuen Adresse, auf die Nutzer weitergeleitet werden, wenn sie die ursprüngliche Website aufrufen wollen, gibt es nun wieder den offiziellen Web-Auftritt der Aktivisten. Samt Spenden-Aufruf, der zuvor von der Polizei mit den Worten „mithin strafbares Unterstützen einer kriminellen Vereinigung" kommentiert wurde. Dies kündigte die „Letzte Generation" auf Twitter mit den Worten „We're back" an.

https://pleiteticker.de/razzia-bei-letzte-generation-sprecherin-carla-hinrichs/?_gl=1*16jzyj0*_up*MQ..*_ga*MTc3MjA5NzIwMS4xNjg0OTI5MjU5*_ga_8Q6BD4QX2S*MTY4NDkyOTI1OC4xLjAuMTY4NDkyOTI1OC4wLjAuMA 24.5.2023

Razzia bei „Letzte Generation"-Sprecherin Carla Hinrichs!

Bei der großangelegten Razzia gegen die „Letzte Generation" wurde auch die Wohnung der bekannten Sprecherin der Gruppe Carla Hinrichs durchsucht.

Sie gilt als eine der Hauptverdächtigen in den Ermittlungen wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung.

Insgesamt an 15 Standorten der Aktivistengruppe fanden heute Durchsuchungen statt.

In einer großangelegten Durchsuchungsaktion gegen die Klimaaktivisten der „Letzten Generation" hat die Polizei auch eine Razzia in der Wohnung von Carla Hinrichs durchgeführt, die als Sprecherin und Mitgründerin der Gruppe bekannt ist. Hinrichs wird als eine der Hauptverdächtigen eingestuft.

Laut Berichten der Augsburger Allgemeinen, die sich auf den ihr zugänglichen Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts München stützen, gehört Hinrichs zu den drei Hauptschuldigen, die die Generalstaatsanwaltschaft München im Visier hat. Der 26-jährigen Hinrichs und zwei weiteren Verdächtigen wird vorgeworfen, eine kriminelle Vereinigung gegründet zu haben. Hinrichs und der Augsburger Mathematiker Ingo Blechschmidt haben seit mindestens Juni 2022 die Webseite der „Letzten Generation" geleitet, über die um Spenden für rechtswidrige Aktionen geworben wurde. Laut Berichten wurden auf diese Weise rund 1,4 Millionen Euro gesammelt. ……..

https://lmy.de/rgKIutmC 22.5.2023

Deutsche Polizei durchsucht Wohnungen der Letzten Generation

Ermittler haben im Umfeld von sieben Klimaaktivisten Razzien durchgeführt sowie Konten beschlagnahmt. Ihnen wird die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen.

Hanschke (Keystone)

Im Auftrag des bayerischen Landeskriminalamts und der Generalstaatsanwaltschaft München sind Ermittlerinnen und Ermittler am Mittwoch mit einer deutschlandweiten Razzia gegen die Letzte Generation vorgegangen. Insgesamt wurden 15 Objekte in sieben Bundesländern durchsucht, wie die Behörden mitteilten. Vier Durchsuchungen davon fanden in Berlin statt, jeweils drei in Bayern und in Hessen. Zudem wurden Konten beschlagnahmt und Vermögenswerte gesichert. …….

Hintergrund der Aktion ist ein Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaft, welches sich den Angaben zufolge gegen insgesamt sieben Beschuldigte im Alter von 22 bis 38 Jahren richtet. Gegen diese werde wegen des Tatvorwurfes der Bildung beziehungsweise Unterstützung einer kriminellen Vereinigung ermittelt. Das Verfahren wurde der Anklagebehörde zufolge «aufgrund zahlreicher Strafanzeigen aus der Bevölkerung, die seit Mitte des Jahres 2022 eingingen», eingeleitet.

Sabotage an Öl-Pipeline Triest-Ingoldstadt geplant?

Konkret wird den Beschuldigten zur Last gelegt, eine Spendenkampagne zur Finanzierung «weiterer Straftaten» für die Letzte Generation organisiert, diese über deren Homepage beworben und dadurch mindestens 1,4 Millionen Euro an Spendengeldern eingesammelt zu haben. Das Geld sei auch überwiegend für die Begehung weiterer Straftaten eingesetzt worden, hiess es.

Zwei Beschuldigte stehen zudem im Verdacht, im April 2022 versucht zu haben, die Öl-Pipeline Triest-Ingolstadt zu sabotieren. Ziele der Razzia waren laut Generalstaatsanwaltschaft das Auffinden von Beweismitteln zur

Mitgliederstruktur der Letzten Generation, die weitere Aufklärung ihrer Finanzierung sowie die Sicherung von Vermögenswerten.

https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/berlins-neuer-buergermeister-ich-will-die-stadt-aus-der-geiselhaft-dieser-chaoten-befreien-a4275425.html 22.5.2023

Berlins neuer Bürgermeister: „Ich will die Stadt aus der Geiselhaft dieser Chaoten befreien"

Berlins neuer OB verhandelt „nicht mit Radikalen" wie Klimaklebern – und wird keinen Brief aus der Senatskanzlei in Gendersprache unterschreiben.

Berlins neuer Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) setzt sich für einen „verständlichen" Sprachgebrauch in der Senatsverwaltung ein und möchte deshalb künftig auf Gendersprache verzichten. „Es geht mir um eine verständliche Sprache. Und ich werde so schreiben, wie ich es in der Schule gelernt habe", sagte der CDU-Politiker dem „Tagesspiegel" am Sonntag. „Deshalb habe ich und werde ich keinen Brief aus der Senatskanzlei in Gendersprache unterschreiben." Ein generelles Verbot in der Kommunikation der Berliner Verwaltung werde es jedoch nicht geben.

Der CDU-Politiker hält eine verständliche Sprache in der Verwaltung auch mit Blick auf Zuwanderer für wichtig. „Wir erwarten ja auch von Menschen, die nach Deutschland kommen, dass sie Deutsch lernen, und gerade die Behörden sollten es ihnen nicht unnötig schwer machen", sagte Wegner gegenüber der „Bild". ……..

Beschleunigte Verfahren für Klimakleber

Aber nicht nur dies kündigte Wegner im „Bild"-Interview an. Demnach will er auch beschleunigte Verfahren für die Klimakleber einführen, „damit wir hier zu schnellen Urteilen kommen".

Es könne nicht sein, dass festgenommene Blockierer nach wenigen Stunden wieder auf freiem Fuß wären und sich an der nächsten Kreuzung festkleben würden, so der CDU-Politiker. Um dies zu erreichen, will er,

dass Staatsanwälte bei den Klebeaktionen vor Ort sind. „Das ermöglicht eine schnelle Beweisaufnahme, und das Urteil kann der Tat auf dem Fuße folgen."

Zuvor wurde bereits bekannt, dass er den Unterbindungsgewahrsam von zwei auf fünf Tage verlängern möchte. Zudem kündigte er in dem Interview an, juristisch prüfen zu lassen, „inwieweit die Klima-Kleber die Schäden, die sie verursachen, selbst bezahlen müssen". Bislang würden die enormen Kosten für die vielen Rettungs- und Polizeieinsätze voll zulasten der Steuerzahler gehen. „Ich habe den festen Willen, Berlin aus der Geiselhaft dieser Chaoten zu befreien", erklärt Wegner. ……..

Und auch gegen die Clan-Kriminalität hat sich Wegner vorgenommen, konsequent vorzugehen: „Wir werden diesen Kriminellen auch an ihr Vermögen gehen. Die Clans müssen wissen: Berlin ist für euch ab sofort kein sicherer Hafen mehr."

https://pleiteticker.de/wo-bleibt-die-empoerung-wdr-transfrau-foerdert-geschlechtsumwandlung-von-13-jaehrigem-maedchen/?_gl=1*z2bpkw*_up*MQ..*_ga*MTkxOTk3MTcyMy4xNjg0OTg1NzUx*_ga_8Q6BD4QX2S*MTY4NDk4NTc1MC4xLjAuMTY4NDk4NTc1MC4wLjAuMA 24.5.2023

Wo bleibt die Empörung? Transsexueller WDR-Journalist fördert Geschlechtsumwandlung von 13-jährigem Mädchen

In der Talk-Sendung „Streitzeit" im ORF bestärkt Transfrau und WDR-Journalistin Georgine Kellermann Geschlechtsumwandlungen bei 13-Jährigen.

Experten auf der ganzen Welt sind sich deswegen einig: Kinder und Jugendliche, die behaupten im falschen Geschlecht geboren zu sein, sollten nicht sofort bestätigt werden.

Dies ist kein Zeichen von Diversität, sondern richtet massiven Schaden an.

Irreversible Operationen, die Einnahme von starken Medikamenten und lebenslange Nebenwirkungen: Das Schicksal von Transsexuellen – also Menschen, die glauben, im falschen Geschlecht geboren zu sein – ist fast immer mit einem großen Leidensweg verbunden. Gerade deswegen warnen Trans-Experten davor, schon bei Kindern und Jugendlichen die Identität „trans" zu glorifizieren. Ein 65-jähriger WDR-Journalist stigmatisiert diese Experten jetzt als Menschenfeinde – und erzählt öffentlich, wie er ein 13-jähriges Mädchen bei seiner Transition unterstützt.

Konkret geht es um der Talk-Sendung „Streitzeit" im ORF, in der die Transfrau Georgine Kellermann von ihrer Blumenhändlerin erzählt, die eine 13-jährige Tochter hat, und sich vor eineinhalb Jahren als Junge geoutet haben soll. Kellermann ist seitdem mit der Familie in Kontakt und bestärkt sie darin, Namen und Geschlecht des Kindes zu ändern – es also einer sozialen Transition zu unterziehen. Eltern, die die Transition ihres Kindes verhindern wollen, wertete Kellermann indes als „unerträglich" und unmoralisch ab. ……..

Politik befeuert Transsexualität bei Kindern

Hier stellt sich aber noch eine andere Frage: Wie kann es sein, dass ein 65-jähriger Mann, dessen einzige Expertise zu dem Thema Transsexualität darin besteht, auffällige Frauenkleider zu tragen, sich plötzlich zur emotionalen Bezugsperson, zum Berater und Experten für die Identitätskrise eines 13-jährigen Mädchens aufschwingt?

Dass diese Frage in der Öffentlichkeit nicht gestellt wird, dass Transsexualität bei Kindern (!) als harmlose Identität nicht nur romantisiert, sondern von Politik und Medien sogar befeuert wird, obwohl täglich Tausende von Menschen an den Folgen ihrer Geschlechterdysphorie zugrunde gehen, ist Teil eines gefährlichen Trends, der – wenn er nicht gestoppt wird – massiven Schaden in unserer Gesellschaft anrichten wird.

https://www.alexander-wallasch.de/gesellschaft/auch-dr-gunter-frank-will-prozesse-das-ist-die-einzige-sprache-welche-die-corona-taeter-verstehen 24.5.2023

Auch Dr. Gunter Frank will Prozesse: „Das ist die einzige Sprache, welche die Corona-Täter verstehen"

Sucharit Bhakdis Verteidiger Martin Schwab forderte im Interview nicht weniger, als Journalisten des Corona-Regimes den Prozess zu machen. Der bekannte Corona-Maßnahmen- und Impfkritiker Dr. Gunter Frank ordnet Schwabs Forderung jetzt für uns ein. Schwab befand, dass Bhakdi in den „Konzernmedien" während der gesamten Corona-Krise zu keinem Zeitpunkt eine faire Berichterstattung widerfahren sei. Insbesondere Lars Wienand von T-Online ist für Schwab ein „übler Scharfmacher", der mit juristischen Konsequenzen rechnen müsse. Und Schwab machte gegenüber diesem Portal kein Hehl daraus, was seiner Auffassung nach die Anklagepunkte sein müssten: „Wenn sich zeigt, dass diese ganze mediale Verleugnung, Vertuschung und Verharmlosung der Impfrisiken, die von Anfang an bekannt waren und vor denen Sucharit Bhakdi von Anfang an gewarnt hat, auf Vorsatz beruht, reden wir hier möglicherweise von Beihilfe zur gefährlichen bzw. schweren Körperverletzung, von Beihilfe zum Totschlag oder sogar von Beihilfe zum Mord. (…)

Wenn sich zeigen sollte, dass erstens diese Impfkomplikationen von Politikern, Behörden und Herstellern vorsätzlich herbeigeführt wurden und zweitens die Mithilfe der Medien bei der Verharmlosung ebenfalls mit Vorsatz geschehen ist, dann reden wir bezogen auf die Konzernmedien tatsächlich von einer strafbaren Beihilfehandlung."

Alexander-wallasch.de bat am Abend den Arzt und Bestsellerautor Dr. Gunter Frank um seine persönliche Meinung zur Einschätzung des Juristen Prof. Schwab. Hier unser Gespräch mit ihm:

……"Und was die Herren Wieler und Cichutek gemacht haben – und die Aufsichtsverweigerung von Spahn und Lauterbach – ist in meinen Augen eben genau das: fahrlässige Tötung.

Inwieweit man das auf Journalisten ausweiten kann und muss, ist nochmal eine ganz andere Dimension. Allerdings, wenn tatsächlich bewusste Einflussnahme erfolgt ist durch die Regierung, dass eben coronafreundlich und impffreundlich berichtet wird und hier Journalisten wissentlich – und es lag ja offen da, dass diese Impfung problematisch ist – wenn die dann wissentlich diese Impf-Propaganda weiter betrieben haben und die anderen Stimmen unterdrückt haben, dann könnte ich mir vorstellen, dass es dort auch Gesetze gibt, die sagen, das ist justitiabel. Also insofern kann ich die Forderung von Herrn Prof. Martin Schwab absolut unterstützen.

Und ich glaube auch, das ist die einzige Sprache, die die Corona-Täter verstehen. Alles andere juckt doch Lauterbach, Pfizer, Biontech und Co nicht die Bohne." ……

https://taz.de/Prozess-gegen-Coronaleugner-Bhakdi/!5933365/
24.5.2023

Im Zweifel für den Schwurbler

„Querdenken"-Ikone Sucharit Bhakdi war wegen Volksverhetzung angeklagt. Davon hat ihn das Gericht am Dienstag freigesprochen.

PLÖN taz | Der Prozess gegen den Coronaleugner Sucharit Bhakdi vor dem Amtsgericht Plön in Schleswig-Holstein hat am Dienstag mit einer Überraschung begonnen. Richter Malte Grundmann deutete an, dass die gegen den pensionierten Professor für Mikrobiologie vorgebrachten Beweise möglicherweise nicht ausreichen, um ihn wegen Volksverhetzung zu verurteilen. So kam es: Am späten Nachmittag sprach ihn der Richter frei. Die Staatsanwaltschaft erklärte gegenüber der taz anschließend, gegen die Entscheidung Rechtsmittel einlegen zu wollen.

Bhakdi, der zu den bekanntesten Figuren der Coronaleugnerszene gehört und für die Querdenker-Partei „Die Basis" kandidiert hat, werden zum

einen Äußerungen in einem Videointerview vorgehalten, das er dem Fotografen Kai Stuht gegeben hat. In dem Gespräch kritisiert er grundsätzlich den Umgang von Politik und Wissenschaft mit der Coronapandemie: Dahinter stecke eine Verschwörung. Sich gegen Covid, insbesondere mit mRNA-Wirkstoffen, impfen zu lassen, sei Teil eines Menschenversuchs und gefährlicher als das Virus selbst. …..

https://wim-zeitung.de/regierung-will-bhakdi-weiter-strafrechtlich-verfolgen-nach-freispruch-naechste-instanz/ 23.5.2023

Regierung will Bhakdi weiter strafrechtlich verfolgen. Nach Freispruch nächste Instanz angekündigt

Die Regierung Schleswig-Holstein lässt mitteilen, dass sie den Corona-Kritiker Sucharit Bhakdi weiter strafrechtlich verfolgen will und trägt der Generalstaatsanwaltschaft auf, Rechtsmittel anzukündigen (Mopo). Es geht also in die nächste Instanz.

Durch das Gerichtsverfassungsgesetz § 146 und § 147 ist die Generalstaatsanwaltschaft direkt dem örtlichen Landesjustizminister unterstellt. Die Generalstaatsanwaltschaft hatte von der lokalen Staatsanwaltschaft in ungewöhnlicher Weise übernommen und für die Anklageerhebung die Beweise gar nicht komplett gesichtet. Also war die Regierung im Hintergrund, die mutmaßlich sehr aktiv und wild entschlossen ist, den absolut friedfertigen Wissenschaftler fertigzumachen.

Natürlich ist auch ein Freispruch ganz am Ende kein Sieg des Rechtsstaates. Die Diffamierung durch die Regierung beginnt spätestens mit Anklageerhebung. Die Strafe ist die Anklage und nicht nur das Urteil. Und die politisch-mediale Verunglimpfung über fragwürdige Strafprozesse ist so und so erfolgreich und erzielt ihre Wirkung, die nun weiter jahrelang fortgeführt werden soll. Der NDR übrigens betont: "Bhakdi war nicht wegen Corona-Kritik angeklagt." Gut zu wissen. Wäre sonst irgendwie missverstanden worden. ….

https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/freispruch-fuer-massaker/ 25.5.2023

Massaker von Ludwigshafen: Freispruch für Somalier

Der Migrant, der im Oktober in Ludwigshafen unter „Allahu Akbar"-Rufen zwei Handwerker auf offener Straße erstach, muß nicht ins Gefängnis. Wie die Richterin den Freispruch begründet.

LUDWIGSHAFEN. Der 26jährige Liban M. (26), der am 18. Oktober 2022 in Ludwigshafen-Oggersheim zwei 20 und 35 Jahre alte Männer erstach, ist freigesprochen worden. Der Somalier hatte außerdem einem 27jährigen die Hand abgehackt und lebensgefährlich verletzt. Dabei rief er „Allahu Akbar".

Die Erste Große Strafkammer des Landgerichts Frankenthal in Rheinland-Pfalz sah es zwar als erwiesen an, daß der Angeklagte die ersten beiden Taten auf offener Straße und die dritte in einem Drogeriemarkt begangen hat. Dabei habe er auch jeweils die „Arg- und Wehrlosigkeit" der Opfer ausgenutzt und somit das Mordmerkmal der „Heimtücke" erfüllt.

Richterin: „Freispruch ist schmerzhaft"

Den Asylbewerber, der während des Massakers von der Polizei kampfunfähig geschossen wurde, hielt die Vorsitzende Richterin jedoch für nicht schuldfähig. Er habe demnach zur Tatzeit unter einer akuten paranoiden Schizophrenie gelitten. Daher müsse sie einen Freispruch erlassen.

Sie ordnete stattdessen die Unterbringung des Angeklagten in einem psychiatrischen Krankenhaus an. Aufgrund der festgestellten Erkrankung zur Tatzeit sei „seine Steuerungsfähigkeit aufgehoben" gewesen. Einen schuldlos Handelnden könne man für seine Taten nicht bestrafen, erklärte die Vorsitzende Richterin bei der Urteilsbegründung laut Ludwigshafen24. Daher sei der Freispruch, „so schmerzhaft er sei", unausweichlich. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die Tat geschah laut Polizei nach einem Streit mit seiner Freundin um den Aufenthalt der gemeinsamen Kinder.

Danach sei der Afrikaner ausgerastet und habe wahllos auf Passanten eingestochen. (fh)

https://uncutnews.ch/psyop-im-anflug-umweltberater-der-deutschen-regierung-schlagen-vor-die-strategie-von-covid-zu-nutzen-um-das-verhalten-der-menschen-vorsichtig-einzuschraenken/ 23.5.2023

PSYOP im Anflug: Umweltberater der deutschen Regierung schlagen vor, die Strategie von Covid zu nutzen, um das Verhalten der Menschen »vorsichtig einzuschränken«!

Ein Bericht der deutschen Regierung nennt die Pandemie als Präzedenzfall für die Umweltpolitik. Darin heißt es, die Abriegelung zeige, dass Verhaltensbeschränkungen möglich sind und mit den richtigen Botschaften eine Mehrheit finden können.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen („SRU") berät die Bundesregierung seit 50 Jahren in der Umweltpolitik. Der*Rat setzt sich aus 7 Professoren verschiedener Fachrichtungen zusammen. Am 9. Mai hat der SRU der Bundesumweltministerin Steffi Lemke ein 200 Seiten starkes Gutachten vorgelegt.

* https://www.umweltrat.de/EN/council/council-members/council-members_node.html

„Viele Menschen wollen umweltfreundlicher werden, oft scheitert es an der Umsetzung. Mit seinem am [9. Mai] veröffentlichten Sondergutachten fordert der [SRU] die Politik auf, die Rahmenbedingungen so umzugestalten, dass Umweltschutz selbstverständlich wird", heißt es in der *Pressemitteilung. „Zu diesem Zweck hat der SRU eine Studie erstellt, die untersucht, wie Menschen umweltrelevante Entscheidungen treffen und wie die Politik umweltfreundliches Verhalten wirksam und sozial verträglich fördern kann."

*https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020_2024/2023_5_PM_Umweltfreundliches_Verhalten.html?nn=400216

Der SRU analysiert in seinem Gutachten, „wann das Verhalten angesprochen werden sollte, welche Maßnahmen geeignet sind und wie diese politisch umgesetzt werden können. Der Bericht gibt Empfehlungen für die konkrete Umsetzung in den Bereichen Fleischkonsum, Smartphones und energetische Sanierung", heißt es auf der *SRU-Website. …..

*https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2020_2024/2023_05_SG_Umweltfreundliches_Verhalten.html

Politik in der Pflicht: Umweltfreundliches Verhalten erleichtern

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen ist ein von der Bundesrepublik Deutschland einberufenes Gremium von Experten, das den Staat in Fragen der Umweltpolitik berät. ….

Corona hat unsere Machthaber gelehrt, dass viel mehr möglich ist, als sie sich jemals vorgestellt haben, und sie werden die nächsten Jahre damit verbringen, die Grenzen auszuloten.

https://expose-news.com/2023/05/23/psyop-incoming-environmental-advisors-to-german/